

„Sehr, sehr übles Klima im Amt“

Mit internen Querelen lähmte sich der Thüringer Verfassungsschutz selbst – ausgerechnet zu der Zeit, als er die rechtsextremen Bombenbauer aus Jena suchen sollte.

Von Eike Kellermann

Berlin – Von den Absonderlichkeiten im Thüringer Verfassungsschutz in den 1990er Jahren weiß man inzwischen so einiges. Etwa vom barfüßigen Präsidenten Helmut Roewer und dessen Rotwein-Abenden mit ausgewählten Beamten. Dass damals der Nachrichtendienst, just als nach dem untergetauchten Neonazi-Trio aus Jena gesucht wurde, faktisch nicht arbeitsfähig war, schilderte am Donnerstag ein weiterer Zeuge aus Thüringen vor dem NSU-Ausschuss des Bundestags. Der Ausschuss be-

leuchtet die mutmaßliche Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund NSU“.

Laut dem Zeugen Reiner Bode hatten sich in der Behörde drei Gruppen gebildet: Ein Flügel pro Roewer, eine neutrale Gruppe und als drittes die Unterstützer von Personalratschef Friedrich Karl Schrader. Vorausgegangen war, so stellte es Bode dar, ein schweres Vorkommnis. Ein Beamter habe unter starkem Alkoholeinfluss einen Dienstwagen „geschreddert“. Roewer habe daraufhin den Mann loswerden, Personalrat Schrader ihn dagegen halten wollen. Seitdem habe ein „sehr, sehr übles Klima“ in der Behörde geherrscht.

So sei die Werbung von Quellen im Bereich des Rechtsextremismus vernachlässigt worden, für den Schrader zuständig war. Der habe sich stattdessen damit beschäftigt, Roewer „abzuschießen“. Die Folge: „Die Arbeit lag darnieder“, so Bode. Es sei „drunter und drüber“ gegangen.

Allerdings musste sich der Ex-Ver-

fassungsschützer auch zu seiner eigenen Tätigkeit eine peinliche Befragung gefallen lassen. Zwischen 1994 und 1998 war er V-Mann-Führer des Zuträgers Tino Brandt, eines eingefleischten Rechtsextremisten. Der Umgang mit dem V-Mann wirft immer neue Fragen auf. So wird seit langem der Spitzellohn von angeblich rund 200 000 Mark diskutiert, ebenso steht die Frage im Raum, ob der Verfassungsschutz Brandt vor Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft beschützte.

Der FDP-Abgeordnete Hartfrid Wolff stellte nun die angebliche Qualität der Brandt-Informationen in Frage. Der habe bloß „verwaltungstechnische Dinge“ geliefert, wann eine Neonazi-Veranstaltung war und wer dort war. Der Zeuge Norbert Wießner, der Brandt ebenfalls führte, räumte vor dem Ausschuss ein, dass der Zuträger bei belastenden Informationen über Personen einsilbig wurde. „Bei Kameradschaftsführern druckste er herum.“

Bode widersprach, Brandt „nicht sachgerecht abgeschöpft“ zu haben. Allerdings konnte er nicht widerlegen, eine Rechnung für einen Rechtsanwalt erstattet zu haben, den der Spitzel wegen rechtsextremer Straftaten engagiert hatte. Zudem war den Verfassungsschützern offenbar mehr über Brandts Verwicklung in Gewalttaten bekannt – ein Umstand, der wohl zur Abschaltung der Quelle hätte führen müssen. Bisher hieß es, von den mehr als 30 Ermittlungsverfahren gegen Brandt habe der Dienst nichts gewusst. Nun sagte Bode, Ermittlungen gegen V-Leute seien „nichts Unübliches“. Ihm sei das bekannt gewesen.

Mehr noch: Brandt gab es dem Dienst im November 1996 sogar schriftlich, dass er keine Straftaten gegen Leib und Leben begehen werde. Die Erklärung erfolgte genau einen Tag, nachdem der Rechtsextremist am Übergriff auf zwei Polizisten in Saalfeld beteiligt gewesen sein soll.